

Wirtschaftspolitische Informationen



Wirtschaft
Technologie
Umwelt

Vorstand

Aktuelle wirtschafts-, technologie- und umweltpolitische Themen

Nr. 18/31. August 2005

Kurz und bündig

Chinas Weg in die Marktwirtschaft

- war so erfolgreich, weil es nicht dem neoliberalen Ideal der radikalen Liberalisierung aufsaß. Bis heute folgt China einem zweigleisigen Wirtschaftsmodell.
- Hohe Investitionen der staatlichen und Privaten Wirtschaft spielten dabei die Schlüsselrolle.

China steht auf Rang 3 der wichtigsten Welthandelsnationen,

- aber seine Exporte sind keine Einbahnstraße. Es ist auch ein großer Markt für seine Handelspartner.

China ist heute der größte Empfänger ausländischer Direktinvestitionen.

- Hauptinvestitionsmotiv ist der große Binnenmarkt.
- Aus Deutschland stammen nur 2,5 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen, aber China gewinnt als Investitionsstandort an Bedeutung.

Die deutsche Wirtschaft

- hat ein Handelsbilanzdefizit von 10 Milliarden Euro mit China;
- aber Maschinenbau und Automobilindustrie haben hohe Überschüsse im Chinahandel.

Risiken und Schwachstellen sind:

- die niedrige Konsumquote;
- die hohe Arbeitslosigkeit;
- Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land;
- mangelnde Menschen- und Arbeitnehmerrechte;
- der Druck der internationalen Kapitalmärkte.

Autorin:

Dr. Margit Köppen

Globalisierung gerecht gestalten! Wirtschaftsinfo China

Seit 1978 der Weg der Wirtschaftsreformen begonnen wurde, gelang es China ein viertel Jahrhundert lang auf Wachstumskurs zu bleiben. Damit hat die chinesische Entwicklung viel Ähnlichkeit mit dem japanischen Aufholprozess nach dem 2. Weltkrieg. China entspricht in keiner Weise dem neoklassischen Ideal der reinen Marktwirtschaft, wie es der Internationale Währungsfonds in Entwicklungs- und Transformationsländern einführen möchte. Es ist eine gemischte Wirtschaft mit einem starken, eingreifenden Staat. Mit seinem zweigleisigen Ansatz, der auf Plan und Markt gleichermaßen setzt, war China extrem erfolgreich und kann gemeinsam mit Japan als Prototyp des „asiatischen Kapitalismus“ gelten.

Chinas Weg in die Marktwirtschaft

China begann seinen Reformprozess einige Jahre nach der Kulturrevolution und dem Tod des langjährigen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Mao Zedong. Der chinesische Weg der Transformation ist durch schrittweise Reformen, massive staatliche Eingriffe und eine späte Privatisierung der Staatsunternehmen gekennzeichnet. Dadurch unterscheidet sich der chinesische Weg in die Marktwirtschaft fundamental von der neoliberalen Schocktherapie, die in den übrigen Transformationsländern angewandt wurde.

Der chinesische Weg war im Vergleich zur Masse dieser Länder erfolgreicher und weit weniger schmerzhaft. Während z.B. in den GUS-Ländern das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein Jahrzehnt nach der politischen Wende auf rund 50 Prozent des Niveaus der Planwirtschaft geschrumpft war, bewältigte China den Übergang mit hohen Wachstumsraten und im großen und ganzen steigendem Lebensstandard.

In den Jahren von 1990 - 2000 konnte China die Armut im Lande um 9,4 Prozent pro Jahr senken, während die Entwicklungsländer insgesamt (ohne China) die Armut nur um durchschnittlich 0,9 Prozent pro Jahr reduzieren konnten. Trotz dieser großen Fortschritte lebten im Jahr 2001 nach Angaben der Weltbank aber noch 16,6 Prozent der chinesischen Bevölkerung unterhalb der international gebräuchlichen Armutsgrenze von 1 US Dollar pro Tag.

Das langsame Herauswachsen aus der Planwirtschaft vollzog sich nach 1978 einerseits durch die Reform der Staatsunternehmen, andererseits durch die Zulassung von Marktunternehmen.

Dabei wurden die Reformen nicht gleichzeitig in allen Teilen Chinas durchgeführt. Vielmehr blieben die Reformschritte zunächst auf die Küstenprovinzen beschränkt. Als erfolgreich betrachtete Reformschritte wurden dann auf die Gesamtkonome übertragen. Die Staatsunternehmen waren, wie alle Planwirtschaften einer Mengenplanung plus staatlich festgesetzten Preisen unterworfen. Die Freigabe der staatlich festgesetzten Preise begann 1982 und war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre abgeschlossen. Auch die Mengenplanung wurde stufenweise reduziert, indem die staatlichen Unternehmen immer größere Teile der Produktion auf dem freien Markt verkaufen durften. Die direkte Mengensteuerung wurde schon in den achtziger Jahren aufgegeben und durch gezielte Kreditvergabepolitik ersetzt. Damit wurden bestimmte Branchen, Regionen und Unternehmen speziell gefördert. Erst Ende der neunziger Jahre wurde der Kreditplan durch eine Kreditempfehlung der Zentralbank ersetzt, der den Geschäftsbanken größere Spielräume lässt.

Der zweite Weg aus der Planwirtschaft bestand in der Zulassung von Privatunternehmen. Die Privatisierung erfolgte dabei nicht nur durch Unternehmensgründungen, sondern zu einem Teil durch die Transformation so genannter Kollektivunternehmen, die sich ursprünglich im Besitz von Städten und Regionen oder in Arbeiterhand befanden und dann mehr und mehr zu Privatunternehmen wurden.

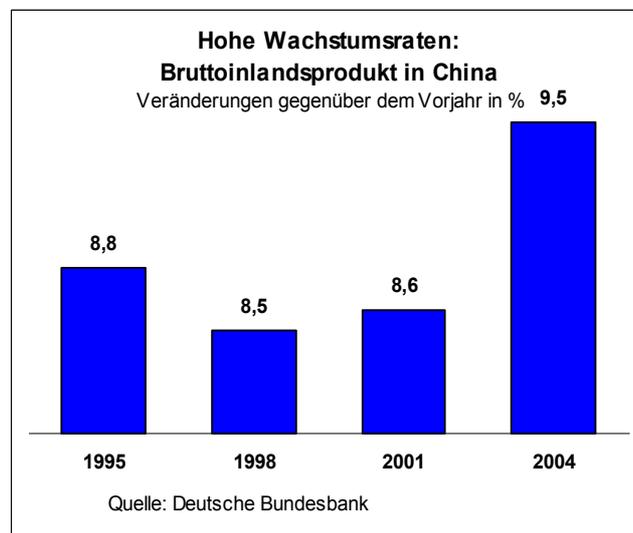
Gab es zu Beginn der Transformation keine Privatunternehmen, so war deren Anteil an der Industrieproduktion 2003 auf 15 Prozent gestiegen. Die Staatsunternehmen trugen noch 37 Prozent zur Industrieproduktion bei und Unternehmen mit ausländischer Beteiligung 19 Prozent. Die restlichen 29 Prozent der Industrieproduktion entfielen auf die sogenannten Kollektivunternehmen und sonstige Unternehmensformen. (Quelle: Statistical Yearbook of China)

Investitionen: der Schlüssel zum Erfolg

Durch den langsamen Übergang hat China Transformationskrisen vermieden und vor allem ein permanent hohes Investitionsniveau aufrecht erhalten. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP lag in den neunziger Jahren bei rund 35 Prozent. Heute hat er den Schwindel erregenden Wert von 43 Prozent erreicht. Zum Vergleich: In Deutschland lag die Investitionsquote am BIP im Jahr 2004 bei 17 Prozent.

Die hohen Investitionen wurden in der Transformationsphase zum großen Teil von den Staatsunternehmen getragen. Hohe Investitionsbereitschaft ist ein typisches Kennzeichen von Planwirtschaften, bei denen der Erfolg der Manager an der Expansion der Unternehmen und nicht am Profit gemessen wurde. Diese Haltung hat sich bei chinesischen Staatsunternehmen noch lange gehalten. Wird in der Zukunft die Rolle der Staatsunternehmen weiter schrumpfen und werden Investitionsentscheidungen mehr der Marktlogik folgen, kann das zu einem ernsten Problem für Wachstum und Beschäftigung werden.

Ergänzt wurde der unersättliche Investitionshunger der Staatsunternehmen von den marktwirtschaftlichen Kräften, was zusammen der chinesischen Volkswirtschaft in den neunziger Jahren zum Teil Wachstumsraten von über 10 Prozent bescherte. Auch in den letzten Jahren legte das chinesische Bruttoinlandsprodukt noch um durchschnittlich 8 Prozent pro Jahr.



Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist China derzeit schon die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt.

2004 erreichte das Land einen Anteil von 4 Prozent am Weltoutput: Das ist sowohl eine Folge der Bevölkerungsgröße von 1,3 Mrd. Menschen als auch der eingeschlagenen Wachstumsstrategie.

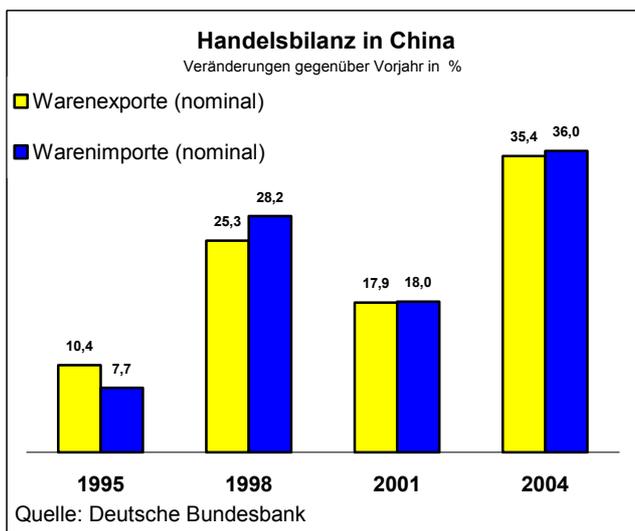
Allerdings ist das BIP pro Kopf mit 1300 US Dollar im internationalen Vergleich noch relativ gering. Wie überall verbergen sich hinter dieser Durchschnittszahl aber auch in China sehr hohe Einkommensunterschiede.

Besonders hoch ist das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land. Auf dem Land leben noch 60 Prozent der chinesischen Bevölkerung. Aber sie tragen nur 15 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Wegen dieser niedrigen Produktivität, finden in den Familienbetrieben auf dem Land noch sehr viele Menschen Arbeit - wenn auch zumeist unter ärmlichsten Lebensbedingungen.

Die Armut treibt denn auch immer mehr Chinesen in die Städte. Dort besteht im Bereich gering qualifizierter Arbeit ein riesiges Überangebot an Beschäftigten. Hinzu kommen 5 Millionen Arbeiter, die jährlich von den unwirtschaftlichen Staatsunternehmen entlassen werden. Durch dauernde Migration bleibt in China der Druck auf den Arbeitsmarkt und die Löhne für gering qualifizierte Arbeit bestehen. Wirtschaftlich jedoch kämpft China aktuell mit der Gefahr einer Überhitzung.

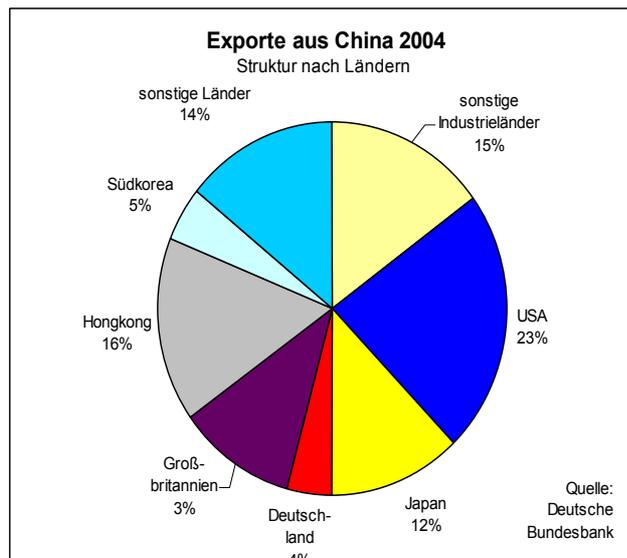
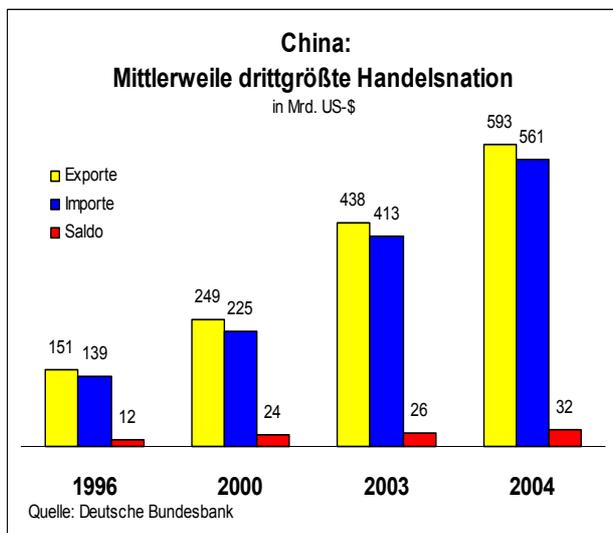
Chinas wachsende Bedeutung auf dem Weltmarkt

Bis in die neunziger Jahre wurde der chinesische Außenhandel durch Import- und Exportlizenzen und Zölle reguliert. Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 wird mittelfristig zu sinkenden Zöllen führen und hat jetzt bereits das Export- und Importwachstum vorangetrieben.



Im Jahr 2004 stiegen die chinesischen Exporte um 35,4 Prozent und die Warenimporte um 36 Prozent. Chinas Anteil am Welthandel beträgt heute nominal fast 6,5 Prozent. **Damit nimmt China nach den USA und Deutschland Rang 3 der wichtigsten Welthandelsnationen ein.**

Die Leistungsbilanz Chinas weist in den meisten Jahren seit Beginn der Reformen einen Überschuss aus. Im Jahr 2004 belief er sich auf 70 Milliarden US Dollar oder 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Handelsbilanzüberschuss betrug 2004 32 Milliarden US Dollar.

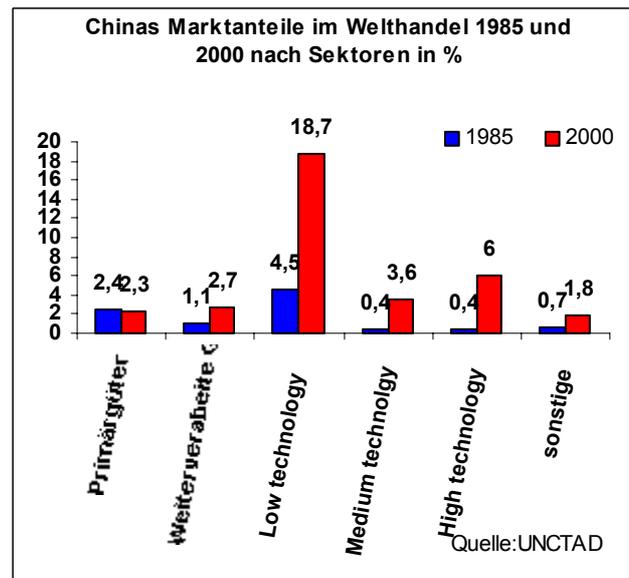
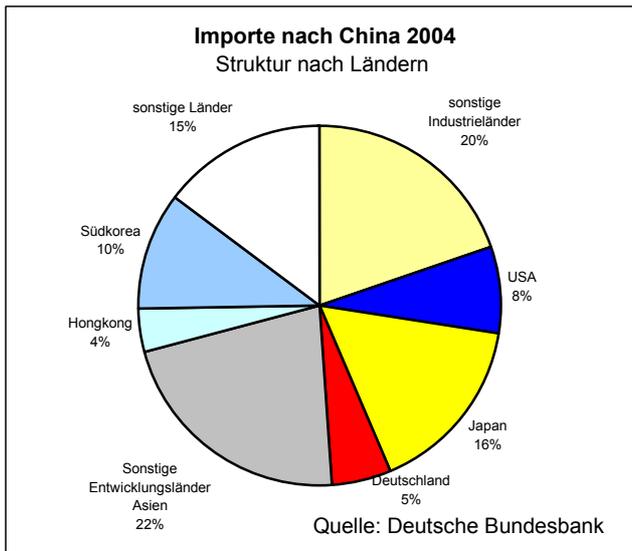


Die chinesischen Handelsbilanzüberschüsse gehen vor allem zu Lasten der USA. Demgegenüber konnten die meisten asiatischen Volkswirtschaften vom WTO-Beitritt Chinas profitieren. Ihnen gegenüber weist China ein Handelsbilanzdefizit auf.

Rund 56 Prozent der chinesischen Exporte gingen 2004 in Industrieländer. An erster Stelle der Abnehmer chinesischer Waren standen die USA (23% der Exporte Chinas), gefolgt vom Euro-Raum (13,5%) und Japan (12,5%). 32 Prozent der Ausfuhren Chinas gingen in andere asiatische Länder.

Die chinesischen Ausfuhren auf die Märkte der Welt sind keine Einbahnstraße. China wird immer mehr zu einer offenen Volkswirtschaft. Das wird besonders im Vergleich zu Japan deutlich. In Japan machen die Importe 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, in China sind es 35 Prozent.

Auf dem chinesischen Binnenmarkt kommt Anbietern aus den Industrieländern eine hohe Bedeutung zu. 40 Prozent der Einfuhren Chinas stammten 2004 aus Industrieländern. An der Spitze stand Japan, das mit 16 Prozent der chinesischen Importe der wichtigste Lieferant war. Für Japan ist China ein wichtiger Markt. 13 Prozent seiner Exporte gingen ins „Reich der Mitte“. Der Handelsbilanzüberschuss Japans mit China beläuft sich auf 9 Mrd. US Dollar. An 2. und 3. Stelle bei den chinesischen Importen folgten die USA und der Euro-Raum.



Erhebliche Probleme schafft Chinas Macht auf dem Weltmarkt dagegen vielen Entwicklungsländern, die auf den Export von Textilien und Bekleidung angewiesen sind. Ende 2004 ist das WTO-Abkommen über Textilien und Bekleidung ausgelaufen. Unter dem sogenannten Multifaserabkommen konnten die Importe von Textilien und Bekleidung durch Importquoten beschränkt werden. Die EU-Importquoten z.B. beschränkten zwar europäische Textilimporte der Menge nach, sicherten aber umgekehrt auch kleineren Textilexporteuren wie Bangladesh, Pakistan oder Tansania den Zugang zum europäischen Markt. Mit dem Wegfall der Quoten verdrängt China durch seine Kosten- und Größenvorteile die kleineren Konkurrenten vom Markt. Das hat in vielen Entwicklungsländern verheerende Folgen. In den letzten Monaten haben Tausende Textilfabriken weltweit zugemacht und Hunderttausende Menschen ihre Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten verloren. Der Internationale Gewerkschaftsbund IBFG fordert deshalb von der WTO handelspolitische Maßnahmen, um den betroffenen Entwicklungsländern zu helfen. Der IBFG verlangt von der WTO auch nicht zuletzt mit Blick auf China - , die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationale Arbeitsorganisation ILO zu verankern.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass China mit einem Weltmarktanteil von 6,5 Prozent in den letzten Jahren erheblich aufgeholt hat.

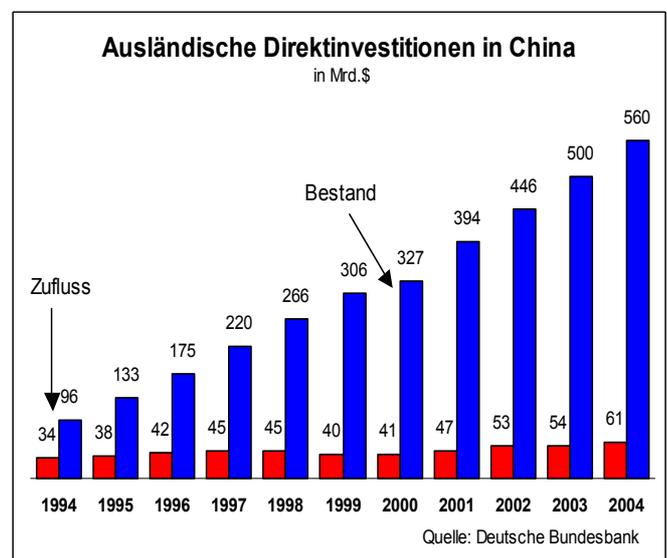
Den Großteil seiner Exporte bestreitet das Land noch mit Low-Tech- Produkten (siehe Grafik). Der Anstieg auf 6 Prozent Weltmarktanteil bei technologieintensiven Produkten ist allerdings beachtlich und sicherlich vor allem dem Einfluss der ausländischen Direktinvestitionen in China zu verdanken.

Ausländische Direktinvestitionen als Teil der Wachstumsstrategie

Obwohl der Kapitalverkehr mit dem Ausland reguliert ist, setzte China bei seiner Entwicklung sehr stark auf ausländische Direktinvestitionen.

Allerdings wurden Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung oder hundertprozentige ausländische Tochterunternehmen erst ab Ende der neunziger Jahre erlaubt. 50:50 Joint Ventures stellen das meist verbreitete Modell der Direktinvestitionen in China dar. Während ausländische Investitionen in den achtziger Jahren nie mehr als 4,5 Milliarden US Dollar betragen, zogen sie ab Mitte der neunziger Jahre an.

Im Jahr 2002 schließlich überholte China mit einem Zufluss von 53 Milliarden US Dollar die USA als größter Empfänger von Direktinvestitionen weltweit.



Als Folge permanent hoher Zuflüsse erreichten die Direktinvestitionsbestände in China Ende 2004 einen Wert von 560 Milliarden US Dollar. Das waren über 35 Prozent des chinesischen BIP. Ausländische Direktinvestitionen hatten so einen hohen Anteil am Wachstum in China. Sie hatten einen Anteil von 15 Prozent an den Bruttoanlageinvestitionen des Landes und verschafften China Zugang zu westlicher Technologie, internationalen Managementmethoden und den weltweiten Exportmärkten.

Hauptmotiv für die Direktinvestitionen großer westlicher Unternehmen war die Eroberung des riesigen chinesischen Binnenmarktes, aber sie erleichterten China auch den Erfolg im Außenhandel. So sorgen ausländische Beteiligungsunternehmen für etwa 20 Prozent der inländischen Industrieproduktion und rund die Hälfte der chinesischen Ausfuhren. Ausländische Investitionen haben China ohne Zweifel dabei geholfen auch als Exporteur höherwertiger Produkte auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen.

Wechselkurs und Währungsregime in China

Trotz seiner Exporterfolge hält sich der chinesische Leistungsbilanzüberschuss mit 70 Milliarden US Dollar noch in Grenzen. Zum Vergleich: Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Jahr 2004 betrug 96 Milliarden US Dollar.

Durch den hohen Leistungsbilanzüberschuss hatte China aber ganz entscheidende Vorteile. Das Wirtschaftswachstum wurde angeregt, Auslandsverschuldung vermieden und der Ruf der chinesischen Währung war sehr gut. Während andere Entwicklungsländer - die in der Regel mehr importieren als sie exportieren - ihr Leistungsbilanzdefizit durch Kredite des Auslandes zu hohen Zinsen finanzieren müssen, musste China keine Nettoschulden gegenüber dem Ausland aufbauen.

Im Gegenteil: Zusammen mit den Kapitalzuflüssen aus dem Ausland hat der Leistungsbilanzüberschuss zu einem kontinuierlichen Zufluss von Devisen nach China geführt. Die chinesische Zentralbank hält mit 610 Milliarden US Dollar (Ende 2004) einen Anteil von 16,5 Prozent an den weltweiten Devisenreserven und wurde selber zum Kapitalexporteur.

Damit konnte China während der vergangenen zwei Jahrzehnte die typischen Probleme der verschuldeten Entwicklungsländer vermeiden. Spekulationen gegen die in Fremdwährung verschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer Südostasiens und Lateinamerikas haben in den neunziger Jahren zu Währungskrisen, Abwertungen, zur Erhöhung der Schuldenlast, zu Liquiditätsproblemen und Unternehmenszusammenbrüchen in den betroffenen Regionen geführt. **China hat sich dagegen nicht in Abhängigkeit von den internationalen Kapitalmärkten begeben und hat keine Währungskrise hinnehmen müssen.**

Das Wechselkursregime in China war anfänglich durch gespaltene Wechselkurse gekennzeichnet. Das bedeutet: es gab einen offiziellen zum US Dollar fixierten Kurs des Renminbi (Yuan) und einen marktbestimmten Kurs, zu dem z.B. exportierende und importierende

Unternehmen Devisen kaufen und verkaufen konnten. Diese beiden Wechselkurse wurden 1994 zusammengelegt. Nach mehreren Abwertungen wurde der Kurs Mitte 1995 dann bei 8,3 RMB pro US Dollar fixiert.

Durch die feste Dollarkoppelung vollzog der Renminbi die Bewegungen des US Dollar gegenüber den anderen Währungen mit. Genau wie der US Dollar war der Renminbi in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bis zum Jahr 2002 sehr stark; und genau wie die US-Währung verlor er anschließend bedeutend an Wert. Konkret betrug die Abwertung gegenüber den anderen Währungen von Mitte 2002 bis Anfang 2005 15 Prozent.

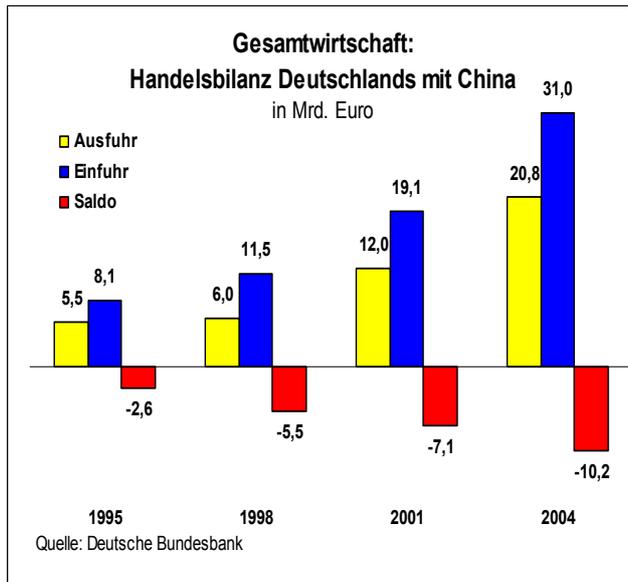
Wegen ihres hohen Handelsbilanzdefizits mit China hatten die USA in der letzten Zeit wiederholt eine Aufwertung der chinesischen Währung gefordert. Dadurch sollen chinesische Exporte teurer werden und US-Unternehmen leichteren Zugang zum chinesischen Markt erhalten.

Im Juli 2005 nun hat China den Schritt getan, über den lange spekuliert wurde. Nach einem Jahrzehnt Festkurssystem hat es die Bindung seiner Währung an den Dollar mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Zugleich wurde der Renminbi gegenüber dem Dollar um 2,1 Prozent aufgewertet und an einen Währungskorb gebunden. Der Wechselkurs liegt jetzt bei 8,1 RMB pro US Dollar. Finanzfachleute erwarten von der nur geringfügigen Aufwertung keine allzu großen Auswirkungen auf die Märkte. Sie werten die Abkoppelung vom Dollar eher als ersten Schritt zu mehr Flexibilität und halten den Renminbi für bis zu 40 Prozent unterbewertet.

China seinerseits will die Währung nur vorsichtig reformieren, um seine Exportindustrie und seine geldpolitische Handlungsfähigkeit nicht zu gefährden.

Die deutschen Handelsbeziehungen mit China

China ist für Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Zwischen 2000 und 2004 haben sich die deutschen Exporte nach China mehr als verdoppelt. Im Vergleich zu vor zehn Jahren haben sie sich vervierfacht. Mittlerweile gehen fast 3 Prozent der deutschen Warenausfuhr nach China. **„Damit ist China als Absatzmarkt für heimische Unternehmen inzwischen wichtiger als Japan oder mancher Handelspartner in Europa“ (Deutsche Bundesbank, 6/2005).**



Etwa die Hälfte der deutschen Exporte stammte 2004 aus dem Maschinenbau und der Automobilindustrie. Die enorme Bedeutung die der Handel mit China für den deutschen Maschinenbau hat, kann man daran ablesen, dass 35,5 Prozent der deutschen Exporte nach China Maschinen und Anlagen sind. Gleich an zweiter Stelle folgten mit 13 Prozent der deutschen Exporte nach China die Kraftfahrzeuge.

Ein Teil der Verkäufe deutscher PKW-Marken in China stammt außerdem bereits aus der Produktion deutsch-chinesischer Joint Venture Unternehmen im Lande.

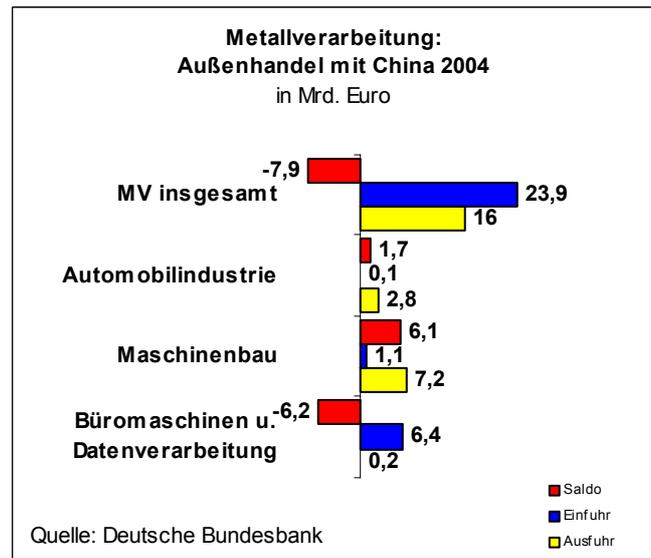
Im Jahr 2004 kam es zu deutlichen Absatzrückgängen des deutschen Kraftfahrzeuggewerbes am chinesischen Markt. Ein Grund dafür ist die restriktivere Vergabe von Privatkrediten, die von der chinesischen Regierung als Maßnahme gegen die Konjunkturüberhitzung angeordnet wurde. Dadurch fehlte es vielen potentielle Kunden an Geld für ein Auto.

In der Folge sind die Exporte der deutschen Automobilindustrie nach China von einem Wert von 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2003 auf 2,8 Milliarden Euro 2004, also um 22 Prozent eingebrochen.

Darüber hinaus hat sich der Wettbewerb auf dem chinesischen Automobilmarkt aber durch die ständig zunehmende Zahl ausländischer Anbieter verschärft. Probleme bei der Modellpolitik für den chinesischen Markt kamen hinzu.

Der Außenhandelsüberschuss der deutschen Automobilbranche mit China bleibt dennoch mit 1,7 Milliarden Euro hoch, da so gut wie keine Automobilteile aus China nach Deutschland importiert werden. Hoch ist auch der Überschuss des deutschen Maschinenbaus mit China mit einem Plus im Wert von 6,1 Milliarden Euro. Maschinen haben immerhin auch einen Anteil von 6 Prozent an den deutschen Importen aus China. Während es sich bei den deutschen Exporten aber um Industriemaschinen - vorwiegend für das Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Druckmaschinen handelt -

bestanden die Einfuhren zum großen Teil aus elektrischen Haushaltsgeräten, die statistisch ebenfalls zu diesem Segment zählen.



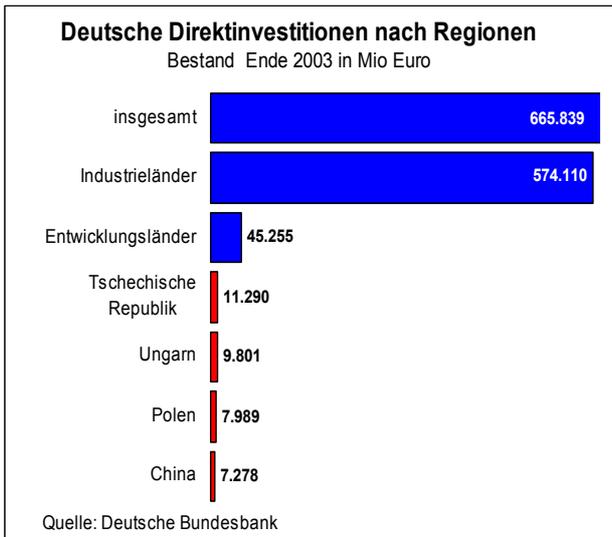
Dass die deutsche Metallverarbeitung insgesamt ein Defizit von 8 Milliarden Euro im Chinahandel einführt, liegt vor allem an den hohen deutschen Einfuhren von Produkten der Informations- und Kommunikationsindustrie (IKT). Die Importzuwächse von Fernsehgeräten und Datenverarbeitungsgeräten lagen in den letzten Jahren bei bis zu 45 Prozent pro Jahr.

Mit Blick auf den hohen deutschen Handelsbilanzüberschuss von 156 Milliarden Euro ist das Defizit mit China allerdings nicht von erheblicher Bedeutung. Und für eine massive Überschwemmung des deutschen Marktes mit chinesischen Importen in der Zukunft gibt es bislang keine Anzeichen.

Deutsche Direktinvestitionen in China

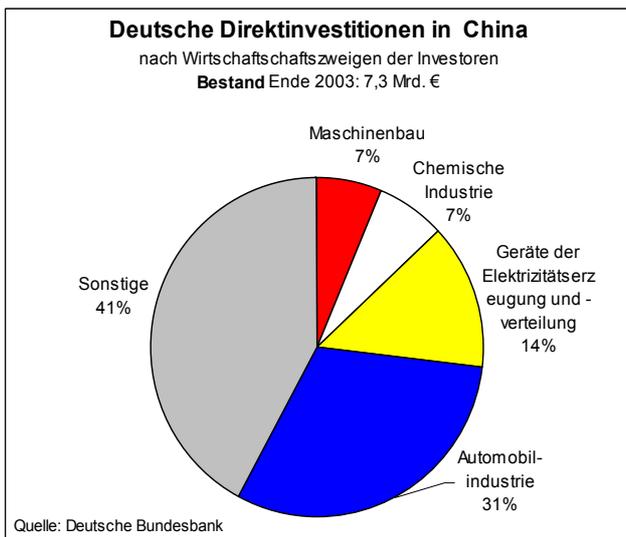
Wie schon gesagt, ist China das Land der Erde, das am meisten ausländische Direktinvestitionen an sich zieht. Auch deutsche Investoren haben sich in China engagiert. Die deutschen Direktinvestitionen begannen Mitte der neunziger Jahre. Sie erhielten aber wegen der Asienkrise 1998, dem Abebben der Aktienhäuser im Jahr 2000 und nach dem 11. September 2001 gleich wieder deutliche Rückschläge. Zum Jahresende 2003 betrug der deutsche Direktinvestitionsbestand in China 7,3 Milliarden Euro.

Damit haben die Direktinvestitionen in China einen Anteil von 1,1 Prozent an den Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen insgesamt. Das ist weniger als der Investitionsbestand in Polen und Ungarn.



Deutsche Unternehmen stehen mit einem neunten Platz der Investoren in China keineswegs an exponierter Stelle. Die meisten Auslandsinvestitionen kommen aus der asiatischen Region. Aus Deutschland stammen nur 2,5 Prozent der ausländischen Investitionen in China.

- 30,5 Prozent des Bestandes der deutschen Direktinvestitionen in China entfallen auf Kraftfahrzeugunternehmen.
- Aus den Bereichen Elektrizitätserzeugung und Elektrizitätsverteilung stammen 14 Prozent.
- Aus dem Maschinenbau 6,5 Prozent der deutschen Investitionen in China.



VW, der Elektronikkonzern Siemens sowie Thyssen-Krupp sind die ganz großen Player aus dem Metallbereich. BMW und Daimler-Chrysler sind noch in der Aufbauphase einer Produktion ihrer höherwertigen Modelle. Auch Infineon plant in den kommenden Jahren 1,2 Milliarden Dollar Investitionen in die Halbleiterproduktion und in die Herstellung von Mobilfunkgeräten mit UMTS-Technik.

Aber auch für den deutschen Mittelstand gewinnt China als Investitionsstandort an Bedeutung. Nach einer Umfrage der IKB Bank und der DEG aus dem Jahr 2004 bei 230 mittelständischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hat jedes fünfte Unternehmen in den vergangenen drei Jahren Investitionen in China getätigt.

Allerdings waren es überwiegend größere Mittelständler mit einem Umsatz von über 250 Millionen Euro, die diesen Schritt getan haben. 37 Prozent der Unternehmen dieser Größenklasse planen nach der Umfrage zukünftige Investitionen in China.

45 Prozent der deutschen Unternehmen haben in China nur eine Repräsentanz, 19 Prozent sind ganz in deutschem Eigentum (Wholly Foreign Owned Enterprise / WFOE) bei 23 Prozent handelt es sich um deutsch-chinesische Joint Ventures.

Investitionsmotive der Unternehmen

In China sind die Löhne im internationalen Vergleich sehr niedrig. Die **Lohnhöhe** variiert regional sehr stark.

Bei ausländischen Unternehmen in Shanghai wurde 2002 mit durchschnittlich 4000 Euro der höchste Jahreslohn gezahlt. Dazu kommen noch 45 Prozent Lohnnebenkosten. Ähnlich gibt die Zeitung „China Daily“ die Löhne bei ausländischen Automobilunternehmen an: 360 US Dollar bis 480 US Dollar monatlich für einen qualifizierten Arbeiter. Ungelernte Arbeiter verdienen danach in Chinas Industrie 100 - 145 US Dollar. In ländlichen Gegenden müssen die Menschen für diesen Betrag zwei bis drei Monate arbeiten.

Dennoch ist nicht vorwiegend die Lohnhöhe ausschlaggebend, wenn deutsche Unternehmen nach China gehen.

Die Umfrage von IKB und DEG gibt Auskunft über die **Investitionsmotive der Unternehmen.**

- 90 Prozent gaben den chinesischen Markt als Hauptmotiv an.
- 70 Prozent der Befragten gaben an, dass das Chinainvestment Arbeitsplätze in Deutschland sichern oder schaffen würde.
- 28 Prozent gaben an, damit seien Arbeitsplatzverluste in Deutschland verbunden.
- Im „Investitionsführer China“ heißt es: „Das Lohnkostenmotiv verliert innerhalb des chinesischen Wirtschaftsraums gegenüber dem Argument der Markterschließung an Bedeutung.“
- Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine DIHK - Umfrage vom Frühjahr 2005. Danach ist das Engagement deutscher Firmen in China wesentlich mehr auf die Markterschließung aus-

gerichtet als bei anderen Zielländern deutscher Direktinvestitionen. Kostenvorteilen wird z.B. bei Investitionen in den neuen EU-Ländern stärkeres Gewicht beigemessen.

Im internationalen Wettbewerb um Auslandsinvestitionen offeriert auch China neben dem riesigen Markt und niedrigen Löhnen nach wie vor spezielle Investitionsanreize. So haben produzierende Unternehmen mit ausländischer Beteiligung von mindestens 25 Prozent derzeit Anspruch auf Steuerbefreiung in den ersten beiden Jahren, in denen Gewinn erzielt wird und auf Reduzierung der Steuer in den darauffolgenden Jahren. In bestimmten Sonderzonen kann sich der Körperschaftsteuersatz auch dauerhaft auf 7,5 Prozent ermäßigen.

Probleme und Risiken der chinesischen Wirtschaftsentwicklung

1. Wachstumsrisiken

Trotz des potentiell unbegrenzten chinesischen Marktes mit 1,3 Milliarden Konsumenten gibt es durchaus Risiken für Chinas wirtschaftliche Entwicklung und damit auch für deutsche Investoren.

Wie gezeigt, basiert das wirtschaftliche Wachstum in China auf den hohen Investitionen der privaten und vor allem staatlichen Unternehmen und auf Exporterfolgen auf den Auslandsmärkten. Beide Faktoren bergen Zukunftsrisiken in sich. Exporterfolge können sich in Abhängigkeit von den internationalen Kapitalmärkten und der Währungsentwicklung rasch ändern (siehe unten). Die Wachstumsrate der Investitionen könnte in Zukunft sinken, wenn sich die Staatsunternehmen - ebenso wie die Privatunternehmen - mehr an Marktgesichtspunkten orientieren.

Deshalb gehen von der immer noch relativ niedrigen Konsumquote in China besondere Risiken aus. Sie hat ihre Ursache in der großen Unsicherheit der privaten Haushalte im Übergang zum chinesischen Kapitalismus. Das alte von den Staatsunternehmen getragene Sozialstaatsmodell zerbricht und in absehbarer Zeit wird auf überbetrieblicher Ebene nur eine Mindestversorgung für einen Teil der Bevölkerung aufgebaut werden können. Deshalb sparen chinesische Familien, um sich selbst gegen soziale Risiken abzusichern und für die Ausbildung der Kinder. Entsprechend trägt der Konsum noch zu wenig zum Wachstum bei.

Der Anteil der privaten Konsumausgaben sank zwischen 1992 und 2002 von 49,2 Prozent auf 42,5 Prozent am BIP. Im Jahr 2003 erholte er sich auf 43,3 Prozent.

- **Der private Konsum muss in Zukunft schneller wachsen. Sonst wird die wachsende industrielle Produktion die Inlandsnachfrage zumindest in einigen Branchen übertreffen. Trotz des potentiell riesigen Marktes kann es zu Überkapazitäten und Absatzproblemen für die Unternehmen kommen.**

- **Dazu könnte der enorme Energiebedarf dauerhaften Wachstums Probleme aufwerfen.**

2. Unterbeschäftigung und Druck auf den Arbeitsmarkt

- **Ein Strukturproblem in China ist die hohe Arbeitslosigkeit und die versteckte Arbeitslosigkeit in den Staatsunternehmen und auf dem Lande. Es besteht ein riesiges Überangebot von Arbeit, das sich beständig verschlimmert.**

150 Millionen Menschen in den ländlichen Gegenden sind unter- oder unbeschäftigt und drängen in die Städte. 5 Millionen Arbeiter werden jährlich von den unwirtschaftlichen Staatsunternehmen entlassen. Dadurch entsteht ein enormer Druck auf den Arbeitsmarkt und die Löhne für gering qualifizierte Arbeit.

3. Das Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle

Ein zweites Strukturproblem besteht in dem enormen Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land. Das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen betrug im Jahr 2004 in den Städten 1.139 US Dollar. Auf dem Land nur 355 US Dollar (Quelle: Deutsche Botschaft Peking). Dieser Betrag ist etwa dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen in Bangladesch vergleichbar, während das Einkommen in den Städten durchaus dem einiger Schwellenländer nahe kommt. In Shanghai liegt das pro-Kopf-Einkommen sogar auf dem Niveau Südafrikas.

Aus dem enormen Einkommensgefälle ergibt sich das Problem des Millionenheers von Wanderarbeitern, die ohne jegliche soziale Absicherung in Chinas Städten ein Auskommen suchen. Die Regierung in Peking ist sich dieses Problems bewusst und versucht in den letzten Jahren verstärkt, unterentwickelte Provinzen zu fördern. Aber das wird durch verschiedene Gründe erschwert: Erstens sind die Staatseinnahme, über die die Regierung verfügen kann, noch gering, da das Steuerungssystem noch nicht ausreichend entwickelt ist. Zweitens zeigen die reichen Provinzen wenig Neigung zu einem Finanzausgleich mit armen Regionen und drittens tendieren die Marktkräfte eher dazu die regionale Polarisierung zu verschärfen.

- **Ob und wie es der Regierung gelingen wird, den Lebensstandard im ganzen Land zu erhöhen, wird nicht nur über die Entwicklung im Lande selbst entscheiden, sondern ist auch von grundlegender Bedeutung für Chinas zukünftige Rolle in der Weltwirtschaft.**

4. Druck der Internationalen Kapitalmärkte

Die chinesische Regierung liegt richtig, wenn sie dem Druck der internationalen Kapitalmärkte nicht zu stark nachgibt. Die chinesische Wirtschaftspolitik war schließlich auch deshalb so erfolgreich, weil der Zufluss ausländischen Finanzkapitals durch strenge Kapitalverkehrskontrollen vermieden wurde.

- **Von einer zu raschen Liberalisierung des Wechselkurses und der internationalen Kapitalströme, wie es die internationalen Finanzmarktakteure fordern, gehen große Gefahren für die Wirtschaft aus: Wechselkurs und Leistungsbilanz könnten in zu großes Ungleichgewicht geraten und die Regierung könnte die Herrschaft über die Geldpolitik verlieren. Die aber braucht sie, um den Entwicklungsprozess des Landes in Gang halten zu können.**

5. Demokratie- und Menschenrechtsdefizite

Zu den Schattenseiten der Volksrepublik China gehört das gesellschaftliche Demokratiedefizit - ein Erbe der historischen Entwicklung des Landes von Kaiserreichen über Fremdherrschaft und kommunistische Diktatur. Es gibt nach wie vor Verletzungen von Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten. Die Grundlegende Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind von China nicht ratifiziert und werden auch nicht eingehalten.

Von freien Gewerkschaften kann in China nicht die Rede sein. Der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) ist eine Vorfeldorganisation der kommunistischen Partei. Gewerkschafts-, Partei- und Managementfunktionen sind oft miteinander verwoben. Alle Bemühungen um die Gründung unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen werden unterdrückt. (Vgl. auch: China-Info Nr. 1 des Funktionsbereichs Internationales / Europa. Weitere Informationen zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Situation in China können bei der Friedrich Ebert Stiftung angefordert werden; erwin.schweissheim@fes.de).

In wieweit eine Demokratisierung des ACGB von innen heraus erfolgen kann und ob und wann sich die Gewerkschaftsarbeit in China international akzeptierten Maßstäben annähern wird, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Freie und unabhängige Gewerkschaften, die sich ohne Einschränkungen für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen, sind nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten, sondern auch wirtschaftlich wichtig, damit:

- **China zu fairen Bedingungen am Welthandel teilnimmt;**
- **die Löhne in China mit der Produktivitätsentwicklung mithalten;**
- **und sich das Wirtschaftswachstum in Wohlfahrtsgewinnen für die Menschen niederschlägt.**

Literatur:

Deutsche Bundesbank: Monatsbericht 6/2005;
 Deutsche Botschaft Peking: Wirtschaftsdaten kompakt, 4/2005;
 DIW, Wochenbericht 52/2004
 Jan Prieue / Hansjörg Herr: The Macroeconomics of Development and Poverty Reduction, Baden - Baden, 2005;
 Hansjörg Herr: Das chinesische Akkumulationsmodell und die Hilflosigkeit der traditionellen Entwicklungstheorien, Prokla, Vol. 30, 2000;
 Hansjörg Herr: Der gradualistische Reformprozess in China im Vergleich zu anderen Transformationsländern. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 3/2002;
 IKB und KfW Bankengruppe (2004): Gemeinsame Unternehmensbefragung von KfW und IKB: Studie zu den Auslandsaktivitäten deutscher Unternehmen: Beschäftigungseffekte und Folgen für den Standort Deutschland;
 IG Metall; Funktionsbereich Internationales / Europa: China-Info Nr.1; März 2005;
 Internationaler Währungsfonds: World Economic Outlook 4 /2005;
 Statistisches Bundesamt: Außenhandelsstatistik
 Weltbank: Weltentwicklungsbericht 2005;
 UNCTAD: Trade and Development Report, 2003

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

00 / 2005
 31. August 2005

Autorin:

Dr. Margit Koeppen
margit.koeppen@igmetall.de

Gestaltung und Vertrieb:

Ursula Schuster

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand
 Wirtschaft, Technologie, Umwelt
 D-60519 Frankfurt am Main
 Telefon: +49 (69) 6693 2257
 Fax: +49 (69) 6693 80 2257
 Mail: wi@igmetall.de
 online: www.igmetall.de/download